

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

144 (24.6.1921)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger 5.— M. einchl. 90 A Zustellgebühr; für Abholung in der Geschäftsstelle und in den Ablagen 4.60 M.; durch die Post bezogen 4.80 M. ohne Ausgabe- u. Bestellgebühr monatl. Einzelempl. 26 P. Ausgabe: Werktags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: 3.50 M.; Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 451. Anzeigen: Die einseitige Kolonelle 1.— M. Die Reklamezeile bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Ausnahme: 1 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Lage in Oberschlesien

Oppeln, 23. Juni. Die Lage im ober-schlesischen Industriegebiet ist nach wie vor unverändert ernst. Nach zahlreichen Mittellungen nahmen die Polen hier Neuarmierungen und Umgruppierungen ihrer Streitkräfte vor. In verschiedenen Gegenden, so im Raume von Ratibor werden von den Insurgenten Schützengräben ausgegraben, wozu hauptsächlich Deutsche herangezogen werden, darunter auch 50 Frauen aus Czerniewka. Die Angriffsabsichten auf die Großstädte des Industriegebietes, die noch immer von den Insurgenten eingeschlossen sind, bestehen weiter. Die Zerstückelung der Bevölkerung dieser Städte ist kaum noch zu schildern. Im Rücken der Insurgenten bilden sich kommunistische Banden, die Angriffsabsichten treiben.

Wroclaw, 23. Juni. Auf dem hiesigen Bahnhof sind gestern zwei polnische Munitionswagen auf bisher noch unaufgeklärte Weise explodiert. Der Schaden ist überaus groß und beläuft sich nach vorläufiger Schätzung auf 35 Millionen Mark. Von dem polnischen Kommandanten wurden einzelne deutsche Kaufleute der Stadt verhaftet, da man den Deutschen die Schuld an der Explosion in die Schuhe zu schieben sucht. Die Erregung der Bevölkerung ist ungeheuer groß. Der Kreisinspektor telegraphierte an die interalliierte Kommission, daß für ihn noch keinerlei Gefahr bestehe.

Bericht von Ministerialdirektor Maltzahn

Laut „Voss. Ztg.“ ist die Reichsregierung gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammengetreten, um den Bericht des aus Oberschlesien zurückgekehrten Ministerialdirektors Maltzahn entgegenzunehmen. Nach dem Bericht ist ein Einverständnis zwischen General Höfer und General Penitkar über die Räumung Oberschlesiens erzielt worden. Diese Vereinbarung wird die Grundlage für die von der interalliierten Kommission zu erlassenden Anordnungen abgeben. Nach dem Abkommen soll die Räumung Oberschlesiens innerhalb sieben Tage durchgeführt sein. Zunächst müssen die polnischen Insurgenten innerhalb 36 Stunden eine neue Linie erreicht haben, die westlich Lubowitz und die Stadt Glewitz frei läßt. Erst wenn die Polen diese Linie erreicht haben, wird sich der deutsche Selbstschutz von der gegenwärtigen Linie zurückziehen und zwar so, daß er mit dem Norden und Süden in einem Halbkreis verbleibt. Zwischen den beiden Fronten wird völlig geräumt die Stadt Oppeln liegen. Die deutschen Linien werden im Norden etwa östlich von Kreuzburg, im Süden östlich von Oberglau liegen. Nachdem der deutsche Selbstschutz diese Linien erreicht haben wird, müssen die Polen sich an die deutsch-polnische Grenze zurückziehen. Erst nach der vollständigen Räumung Oberschlesiens durch die Insurgenten hat der Selbstschutz die beiden Halbkreise zusammen und sich auflösen. Die interalliierten Truppen dürfen das jeweilige geräumte Gebiet sofort besetzen. Nach Beendigung der Räumung dürfen sich nur interalliierte Truppen im Abstinenzgebiet aufhalten.

Das amtliche Resultat der Abstimmung

Berlin, 23. Juni. Das amtliche Organ der interalliierten Kommission in Oppeln veröffentlicht jetzt die amtlichen Abstimmungsergebnisse. Danach haben 60 Prozent der Stimmen für Deutschland gelaufen. Von sämtlichen Gemeinden haben 25 Prozent eine deutsche Mehrheit erhalten. In den drei Wahlkreisen Kreuzburg, Sobieszyn und Döbryglau ist nach amtlicher Feststellung überhaupt keine Gemeinde mit polnischer Mehrheit. Im ganzen Abstimmungsgebiet ist eine einzige Stadt mit polnischer Mehrheit festzustellen, nämlich Alt-Berun im Kreis Pleß, wo 1172 polnische und 255 deutsche Stimmen abgegeben worden sind.

Die nächsten Kriegsschuldigen-Prozesse

Leipzig, 23. Juni. Soweit bis jetzt festgestellt, werden die nächsten Kriegsschuldigen-Prozesse wie folgt stattfinden: Am 29. Juni gegen den General Stenger und gegen Major Krusius. Nach den Angaben der französischen Listen soll General Stenger als Kommandeur der 58. Inf.-Brigade im August 1914 an der Front den Befehl gegeben haben, französische Gefangene zu erschließen. Diesen Befehl soll Krusius, der als Hauptmann im Bataillon Infanterie-Regiment Nr. 112 war, nach den französischen Angaben ausgeführt haben. Am 7. Juli gegen den Leutnant Lause. Er wird nach französischen Angaben beschuldigt, in Ausführung des erwählten Befehls des Generals Stenger den französischen Hauptmann Rigat erschossen zu haben. Am 8. Juli gegen den Generalleutnant a. D. von Schult und den Generalmajor Kruska. Beide werden beschuldigt, als Ortskommandanten und Vorgesetzte von Gefangenenlagern den Ausbruch von Zhybus, dem einige französische Gefangene erlegen sind, verschuldet zu haben. Am 12. Juli gegen den Oberleutnant zur See a. D. John-Boldt und den Oberleutnant zur See a. D. Dietner, ebenfalls wegen angeblicher Kriegsverbrechen.

London, 23. Juni. Im Unterhause erklärte der Generalsekretär Sir Balfour, mehrere englische Zeugen in den Leipziger Prozessen hätten bei der englischen Regierung Botschaften über die Art erlassen, in der ihre Verurteilungen behandelt worden seien. Sobald die gegenwärtige Reihe der Leipziger Prozesse zum Abschluß gelangt sei, sei beabsichtigt, mit den anderen Mächten in Erwägungen über das weitere Vorgehen bezüglich der Kriegsschuldigen einzutreten.

Die deutsche Gegenliste

Amsterdam, 24. Juni. Die deutsche Gegenliste der französischen Kriegsverbrecher wurde gestern vom Vlaanderen veröffentlicht, als erste Veröffentlichung dieser Liste in Holland. In holländischen Kreisen ist man gespannt, ob auch andere neutrale Blätter eine derartige Liste französischer Kriegsverbrecher veröffentlichen werden.

Der fünfte deutsche Städteitag

Stuttgart, 23. Juni. Unter dem Vorsitz Oberbürgermeisters Köhler wurde heute in Stuttgart bei außerordentlich zahlreicher Beteiligung, es sind gegen 800 Bürgermeister und sonstige Vertreter von Städten des Reiches anwesend — der fünfte deutsche Städteitag der erste seit der Vorkriegszeit, eröffnet. Der Vorsitzende wies daraufhin, daß es sich heute um Sein oder Nichtsein für die Städte handle und daß auf dieser Tagung unabweislich die wahre Lage der deutschen Städte zum Ausdruck kommen müsse, umso mehr als das Ziel unserer ehemaligen Feinde auf eine Verelendung und Ohnmacht des deutschen Volkes hinauslaufe. — Redner stellte fest, daß die österreichischen Städte fehlen, daß die deutschen Städte ihnen aber die Hand reichen, bis sie einst ganz bei uns sein werden. Zum 1. Mal seien auch die Hanfsstädte vertreten. Die ober-schlesischen Städte seien nicht anwesend, denn die Sorge und die Not ihres Landes halte sie fest. Ihre Kreuze, die sie bei der Abstimmung beweisen hätten, würde erwidert. Die Städte des besetzten Gebietes seien fast vollständig vertreten. Auch der äußerste Osten fehle nicht. Die deutschen Städte ständen jetzt in einem entscheidenden Augenblick ihres Daseins. Jetzt gelte es, die Fäden aufeinander zu beugen und die letzte Kraft anzuwenden, um das ganze Volk in eine bessere Zeit, die die Lebenden vielleicht nicht mehr sehen werden, hindüberzubringen. Sein Ruf gelte den deutschen Städten: Halte zusammen in Einigkeit und Kraft und Freiheit!

Minister des Innern Graf begreife die Versammlung namens der Regierung und betonte u. a.: daß das wichtigste Gebiet die Finanzen seien. Wer nicht Herr sei über seine Finanzen, könne auch nicht mehr selbstverwalten. Jetzt könne es sich nicht mehr darum handeln, Neutralitäten auszutragen. Das Wohl der Gesamtheit müsse ausschlaggebend sein. Das Zusammenarbeiten müsse von Vertrauen getragen sein. Die gegenwärtige Lage der deutschen Städte behandelte Oberbürgermeister Dr. Luther-Essen a. d. Ruhr. Er bemerkte, daß die Auffassung, als ob mit der Vertreibung des demokratischen Staates auch die große Stunde der Selbstverwaltung gekommen habe, sich als trügerisch erwiesen habe, da die Selbstverwaltung im Gegensatz zum Staat stehe. Dieser Unterschied sei besonders groß in der Kriegswirtschaft gewesen, deren Schicksalsfragen in betrieblicher Weise erfolgen müsse. Nur bei einer klugen Staatsverwaltungspolitik könnten die Gemeinden Vertrauen zur Staatsregierung haben. Die Lage der Gemeinden zum Reich habe sich erheblich verschlechtert. Beim Reichsmittelangebot sei die Reichsregierung über die Landesgesetzgebung hinweggegangen. Auch der Reichswirtschaftsrat und seine Unterorgane seien eine Hemmung der tatsächlichen Selbstverwaltung, deren Grundlage in jeder Hinsicht schmaler geworden sei. Ihre Aufrechterhaltung sei aber notwendig, nur dürften die Gemeinden nicht den Staat schädigen wollen. Für die praktische Seite der Gemeinden forcierte er Sparmaßnahmen, wobei aber der Staat mit gutem Beispiel vorangehen müsse. Sachlichkeit, Zurückhaltung der politischen Parteien bei Stellenbefehlen und bei der Neuschaffung von Einrichtungen, ferner finanzielle Ehrlichkeit und finanzieller Mut. Die Folgen des Achtundtags seien die Gemeinden gezwungen, zu einem erheblichen Teile auf das Publikum abzuwälzen durch Gebührenerhöhungen und Einschränkungen der Vermögenszeit städtischer Einrichtung. An die Unterhaltung der Häuser hätte man früher herantreten sollen. In diesem Zusammenhang machte der Redner Mitteilung von einem neuen Steuererlass des Reichsfinanzministers, der auch die Gemeinden als gemeinnützige Einrichtungen gelten lasse, bei denen nicht nur die Einkommensteuer, sondern auch die Schenkungs- und Erbschaftsteuer in Fortfall komme. Der Redner verlangte, daß die Gemeinden in irgend einer Form bei der Einkommensteuer wieder beteiligt werden müßten, im Sinne der Kultur- und Geldentwertung und daß sie auf die Realsteuer in erster Linie ihr Augenmerk richten müßten.

Im weiteren Verlaufe der Tagung erörterte Oberbürgermeister Köhler-Königsberg die kriegswirtschaftliche Beteiligung der Städte. Er befragte insbesondere die Anpassung des Massen- und Rechnungswesens der Städte an diejenigen der Großbanken, die Gründung von Stadtbanken, wo die Voraussetzungen dafür gegeben sind. Für die städtischen Gewerbebetriebe, Gas- und Elektrizitätswerke u. s. w. empfahl er die Ueberführung in gemeinschaftliche Betriebe oder in die Gesellschaftsform. Nur auf diesem Wege sei die Frage der Kommunalisierung überhaupt diskutabel. Der Städteitag nahm sodann eine von Oberbürgermeister Köhler-Königsberg namens des Vorstandes vorgelegte Entschließung folgenden Inhalts an: Der Städteitag erkennt die zwingende Notwendigkeit weitgehender Einschränkung aller Ausgaben der Gemeindeverwaltung an. Er warnt seine Mitglieder eindringlich vor abhängiger Anleihenwirtschaft. Die eigenen Einnahmemöglichkeiten sind aufs Schärfste auszunutzen. Reich und Länder müssen aber den Gemeinden die Einnahmequellen belassen oder zumeilen, deren sie zur Erfüllung unabweisbarer Kulturaufgaben bedürfen.

Hölz-Demonstration in Berlin

Berlin, 23. Juni. Die von den Kommunisten heute nachmittag veranstaltete Hölz-Demonstration fand vor dem Schloß bei einer regen Beteiligung, besonders der Jugendlichen und bei strömendem Regen statt. Ein von der komm. Arbeiterpartei bereitetes Flugblatt forderte zur Niederlegung der Arbeit auf. Die Ruhe und Ordnung ist bis zur Stunde noch nicht gestört worden.

Eine bolschewistische Parade

Stockholm, 22. Juni. (Priv.-Tel.) Nach einer Postmeldung wurde der dritte Kongreß der Moskauer Internationale am 17. Juni in Moskau mit einer großen Kruppenschau (!) eingeleitet. Eroßty nahm selbst die Parade ab. Der Kongreß zählt über 1000 Delegierte. Dazu ist zu bemerken, daß der geschäftsführende Ausschuß der Moskauer Internationale selbst die angeschlossenen Parteien zur Entsendung großer Delegationen aufgefordert hat.

Auflösung der bayerischen Einwohnerwehr

Berlin, 23. Juni. Laut Berl. Tageblatt steht nunmehr fest, daß die Auflösung der bayer. Einwohnerwehr rechtzeitig innerhalb der im Ultimatum der Entente vorgeschriebenen Frist erfolgen wird.

Eine rückgängig gemachte Volksabstimmung

Wien, 24. Juni. Der Landtag von Steiermark hat gestern den Beschluß, am 3. Juli eine Volksabstimmung über den Anschluß an Deutschland vorzunehmen, rückgängig gemacht.

Max Hölz

Der Prozeß gegen einen Hauptführer der mitteldeutschen Aufstandsbewegung Max Hölz, der nunmehr zum Abschluß gekommen ist, entbehrt nicht einer tieferen soziologischen Bedeutung, die für den Sozialisten von weit größerem Interesse ist als Hölz's Verbrechen gegen das Strafgesetzbuch. Es soll hier nicht auf die Einzelheiten seiner Taten eingegangen werden. Es soll weder neben seiner zahlreichen, vielfach gegen die Arbeiter gerichteten Verbrechen Anklage erhoben, noch soll er wegen der zweifellos vorhandenen sympathischen Züge in seinem Charakter verteidigt werden. Was vom sozialistischen Gesichtspunkte aus festzustellen werden muß, das sind die tieferen Beweggründe, die Hölz zu seiner Tat veranlaßten, ist die Unternehmung seiner Schuld, die der Sozialist in anderen Ursachen erblickt, als die bürgerliche Rechtsprechung und Weltanschauung.

Max Hölz fühlt sich, wie er wieder und wieder betonte, als Träger seiner Mission. Er glaubte im März dieses Jahres den Zeitpunkt gekommen, in dem der unausbleibliche Entscheidungskampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie ausgefochten werden müsse. Indem er sich an die Spitze der Bewegung stellte, fühlte er sich als Vertreter der Arbeiterinteressen gegen die Interessen des Bürgertums. In Hölz's Ideologie spielten sich die menschlichen Gegensätze mit überaus großer Unkompliziertheit wieder. Bourgeoisie und Proletariat, das sind die beiden Parteien, in die er die Menschheit einteilt und wonach er seine Freundschaften und Feindschaften regelt. Der Klassenkampf des Proletariats ist für ihn nicht nur eine ständige Auseinandersetzung zwischen den nicht bestehenden und den bestehenden Klassen der Bevölkerung, sondern er ist für ihn ein einmaliger Entscheidungskampf, der mit den Mitteln der Gewalt, mit Blut und Terror, auf der Straße ausgefochten wird.

Hier liegt sein Irrtum begründet, hier liegt seine Schuld. Wer die schwere Aufgabe übernimmt, Führer des Proletariats zu sein und seinen Befreiungskampf führen zu helfen, der hat die Pflicht, sich mit den Grundrissen und Prinzipien dieses Kampfes auseinanderzusetzen, Weg und Ziel klar zu erkennen, um erfolgreich wirken zu können. Weides hat Hölz verkannt. Seine Taten sind Verbrechen mit romantischem Einschlag, seine Handlungen sind nicht Station auf dem Befreiungsweg, der zur endgültigen Ueberwindung der Klassenunterdrückung führt, sondern es sind Räubereien, die zwar im Augenblick dem einen oder andern Arbeiter kleine Vorteile bringen konnten, das Proletariat aber in seiner Gesamtheit auf schwerste schädigen mußte. Das Prinzip des proletarischen Klassenkampfes ist von Hölz in der schlimmsten Weise verlegt und mit Blut besudelt worden. Auch werden proletarischen Klassenkampf nicht als Mittel zur Ueberwindung der Klassen und damit als Mittel zur Beseitigung des Klassenkampfes selbst ansieht, sondern mer in ihm — nach kommunistischer Auffassung — ein geheiligtes Dogma erblickt, darf seine fundamentalen Grundsätze nicht in so elementarer Weise verletzen, wie es Max Hölz tat.

Von kommunistischer Seite wird versucht, das Bürgertum als einzigen Gegner Hölz's hinzustellen, während man dem Proletariat besondere Sympathien für ihn einzureden sucht. Diese Auffassung ist irrig. Wir denken nicht daran, in das erbeutete Geschrei einer bürgerlichen Rechtskamarilla einzustimmen, wissen wir doch, daß eine Diktatur Ludendorff nicht weniger Blut vergießen würde, als Hölz und seine Bande es getan hat. Wir denken aber ebensovienig daran, irgendwelche Sympathien für einen Mann zu empfinden, der durch längst überwundene bakuninistische Methoden den Befreiungskampf des Proletariats um ein gewaltiges Stück zurückgeworfen hat. Nicht das Proletariat befindet sich in der Person des Hölz auf der Anklagebank, wie die Kommunisten es darzustellen suchen, sondern es handelt sich um den Einzelfall eines Mannes, der die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat. Daß er das Beste für die Arbeiterchaft gewollt hat, mögen wir ihm glauben. Daß seine Mittel nicht nur verfehlt, sondern im höchsten Grade verbrecherisch waren, ist eine Tatsache, die gerade vom Standpunkt der soziologischen Kritik aus unabweisbar erhärtet wird.

Seite 6
Kuchha
mpf's
eu's u.
sgauer
Ansatz
tionen zu
u. 150 Liter
ohne Sch
hof. 4830
terzu
uben-
cker
4.40
30
Kuchha
eiderin
ich in allen
erhalten.
Bedienung
s. Lachner
8. Hth.
Möbel!
Wahmangel
e moderne
immer mit
selbst 1800.
hine imit.
l. zu 1250.
Schlafzimm
u. Waizage
nützige und
Schränke,
Schreib-
t. Betten,
Spizimmer
d. Credenz,
auf Seide,
Schreibtisch,
berausen
ffr. 69
hnenstraße
Abstelladen.
ne
ettelle
billig ab-
he 21, III
nten
berausen
Gartenstadt
en
rompt
hrt bei
ützen-
be 38
ten
rube,
und Sonn-
stunden im
3189
atsfeuern,
brechtunde.
gen.
a bei nach-
en auf die
iden und
den:
300 je ein
Zentner
541 und
er Braun-
50 je ein
Braun-
15 je ein
Braun-
4. Juli
weitere
wird das
Naglen-
1482

Gegen die Sanktionen

Für die Vereinigung der niederrheinischen und westfälischen Handelskammern hat die geschäftsführende Handelskammer in Essen folgendes Telegramm an die Reichsregierung gerichtet: Jeder Tag des Fortbestandes der Sanktionen ist ein Dolch auf die im Grunde gefährdete Gerechtigkeit der alliierten Regierungen und die bewusste Tötung unseres Wirtschaftslebens...

Die Gemeinschaftsschule

Die S.M.A. schreibt: Schon wieder eine neue Schularzt? Einheitschule, weltliche Schule, Smultantischule, Bekenntnisschule, Arbeiterschule, all diese neuen Namen rauschen in der letzten Zeit an unserem Ohr vorbei...

Rein Kommunist im Verwaltungsdienst

Der preussische Minister des Innern hat eine Verfügung erlassen, die einen Sturm im kommunistischen Wälderwald erregen wird. Nach einer Mitteilung des amtlichen preussischen Pressedienstes heißt es in dem Erlass: Nach der Haltung, welche die Kommunisten bei den letzten Anrufen ihrer 4. öffentlichen Sitzung ab...

Zülinger und seine Zucht

Roman von Konrad Loeb (Fortsetzung.) Zülinger antwortete ihnen wahrheitsgetreu, die Oberdeutschen hätten einen Gott, der diehe Profit, und der gäbe ihnen, wenn sie ihm fleißig Menschen opfereten, ihr Himmelreich, das Kapital. Selbstverständlich war diese Antwort den Zülingern zu hoch...

der Luftstand losbrach, konnte man diese Amtspersonen an der Spitze der Aufrührer sehen. Wenn es sich hierbei nur um Einzelfälle, um rein persönliche Handlungen handelte, so könnte daraus noch nicht der Zwang gefolgert werden, die Kommunisten allgemein milderer Rechte zu erklären...

Die Geldreform

Im Gest 12 der 'Globe' befaßt sich Parvus mit der Geldreform. Er ist der Ansicht, daß eine Rückkehr zu den alten Geldverhältnissen, als ein Papiergeld auf der Höhe der Goldmark stand, weder möglich noch wünschenswert sei...

Badische Politik

Evangelische Landessynode Die evangel. Landessynode hielt Mittwoch vormittag im Landtagsgebäude ihre 4. öffentliche Sitzung ab. Sie beschäftigte sich zunächst mit der Vorlage betr. die Dienstverträge der Geistlichen...

des Oberkirchenrates, Teil Gesetzgebung. Bestimmte Anträge wurden von Verfassungsausschuß nicht gestellt, aber u. a. gewünscht, daß in der Synode ein Übergewicht der Geistlichen zu vermeiden sei...

Auf der Tagesordnung der Nachmittagsitzung standen zunächst Fragen des Religionsunterrichts. Der Berichterstatter Abg. Herrmann (pos.) sprach über die Einführung des Religionsunterrichts in der Fortbildungsschule...

Merhand Richter

In der Pressepolemik unseres badischen Landes spielen zurzeit verschiedene Richter eine große Rolle, weil sie infolge der Unabsehbarkeit der Richter, von welcher Beamtenparte aus, die Republik schärfe berechnen zu können...

Das Herr Landgerichtsrat Schaefer-Konstanz eine auf fassen Verfahren beruhende, von uns als Verleumdung empfundene Behauptung aufgestellt hat und sich, obwohl er den Wahrheitsbeweis nicht erbringen kann...

Was die Politik des Zentrumsgesandten Dr. Schaefer gegen Oberamtstrichter Weeber-Förzheim betrifft, von dem übrigens der 'Badische Beobachter' behauptet, er habe nach vielem Hin und Her doch noch den Eid auf die Verfassung geleistet...

Reichte ihnen, wo wir doch euren Gott aufgehängt haben. Und sie selbst fallen auch vor dem Kreuze auf die Knie und beten: Wir berechnen dich mächtig, du hübsches, niedliches Symbol...

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

den Nährwerken wurde fleißig gearbeitet; Wagen auf Wagen, hochbeпадt mit Nahrung, tief zum Eingang des Stollens und verschwand im Dunkel der Erde...

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

Das ist unrecht gehandelt, sagten die Zülinge und fügten hinzu, das mühten törichte Anechte sein, die sich so etwas gefallen ließen. Ihnen könnte das nicht passieren.

(Fortsetzung folgt.)

umte Anträge über u. a. ge- Weislichen zu te sich an die Ernennung der sein. Ober- Galtung der ung wurde be- und Sandwert

g fanden zu- Berichterflatter heung des Re- Ausschuss er- Oberstufen- läre, daß dem werde. Weiter er evangelischen

ein Antrag Mai be- daß die Mehr- des 1. Mai über hält Wo- den Antrag sein ist aus- dort, wo Be- ist, Entgegen- herte sich Geh- her erklärte, stimmten Zug & darauf hin- nicht aber Antrag uridirektien- eines Parte-

ndes spielen ist sie insge- Beamten- Der be- beramtstichter rüber Sei- Ergebnis die chistat Schae- eine auf umbung emp- wohl er den diese seine in mit den für einen gelten sollen. in wir Herrn m." Dr. Schöfer t, von dem er habe nach fassung gelei- noch schärfer hofen zu dem Der früher ericht ein be- stimal kennt, tionalen urnalistischen ichts des se- cher sehr Beobach- des Wes ab-

III. eine Ab- schließender u. b. u. k. i. e. a. n. seinen Oberamt- e Rebat.

Deutscher Reichstag

Berlin, 23. Juni. Präsident Lobe eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß es gelungen sei, die Freilassung des von Korfanth-Banden in Oberschlesien gefangen genommenen Abg. Was zu erhalten. Dem Antrag des Geschäftsausschusses gemäß wird die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Marekly (D. Sp.) und des Abg. Bogtherr (U. S.) verjagt. Der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gerichtskosten kommt dann zur zweiten Beratung. Der Ausschuss empfiehlt in einer Entschließung die Regierung um baldige Einbringung eines Sondergesetzes über ein obligatorisches und unentgeltliches Güterverfahren. Abg. Dr. Rosenfeld (U. S.) ist gegen die Vorlage, die eine zu schwere Belastung für die Unbemittelten sei. Abg. Dr. Radbruch (Soz.): Auch wir stimmen der Vorlage nicht ohne Bedenken zu. Wir wünschen die schnelle Einführung eines billigen Güterverfahrens durch ein Sondergericht. Abg. Bergfeld (Kom.) lehnt die Vorlage ab. Die Vorlage wird in der Ausschussfassung angenommen, ebenso die Entschließung des Ausschusses. In der sofort vorgenommenen dritten Lesung wird die Vorlage endgültig angenommen. Der Gesetzentwurf über die Regelung der Gebühren für ausländische Behörden ist vom Ausschuss dahin abgeändert worden, daß die Gebühren nebst Beglaubigung und Zeugnissen ermäßigt werden. Die Vorlage wird in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen. Der Gesetzentwurf über den Wassengebrauch des Luftschiffpersonals wird gegen die Stimmen der drei sozialdemokratischen Parteien in dritter Lesung angenommen. Es folgt der Nachtragsbet des Reichspräsidenten. Abg. Dr. Geher (Komm.) bezeichnet den Reichspräsidenten als eine gegenrevolutionäre Institution und lehnt daher den Nachtragsbet ab. Der Etat des Reichspräsidenten wird ohne weitere Erörterung angenommen, ebenso der des Reichsanzlers, der Reichsanwalt, des Reichsfinanzministeriums, des allgemeinen Pensionssfonds und des Rechnungshofes. Bei dem Haushalt des Reichsjustizministeriums führt der Abg. Rosenfeld (U. S.) darüber Beschwerde, daß von einer einschneidenden Reform der Reichsjustiz noch immer nichts zu spüren sei. Reichsminister Schiffer bezeichnet die Beschwerden des Abg. Rosenfeld als unbegründet. Gegen von Jagow könne das Ver- fahren noch nicht stattfinden, da er erkrankt sei. (Anrufe links und rechts: Wie Gullenburg!) Eine Änderung des Strafver- fahrs sei erst nach gründlicher Vorbereitung möglich. Die Ur- teile der Sondergerichte würden sämtlich nachgeprüft. Gegen die Geschwindigkeit der hohen Volksgerichte sei nach reiflicher Prüfung nichts einzuwenden gewesen. Der Minister erhebt schließlich Einspruch gegen die Verunglimpfung der Reichs- gerichte und erklärt, er sei Minister, nicht demokratischer Parteimann, er diene allein dem Recht. Abg. Bergfeld (Kom.) richtet heftige Angriffe gegen die Reichsjustiz. Die Revolution habe leider mit den reaktionären Richtern nicht ausgeräumt. Auf weitere Bemerkungen des Abg. Rosenfeld (U. S.) erklärt Reichsjustizminister Dr. Schiffer nochmals, er habe den Reichstagsbeschluss über die Nachprüfung der Sondergerichts- urteile lokal durchgeführt. Abg. Radbruch (Soz.) unterstützt die Auslegung, die der Abg. Rosenfeld dem Reichstagsbeschluss und dem sog. Antrag gegeben hat und widerspricht der Auffassung des Ministers, daß eine besondere Stelle zur Nachprüfung der Urteile nicht verlangt worden sei. Minister Schiffer erklärt, er könne aus wohlvermogenen Gründen die Einrichtung einer solchen Stelle nicht zulassen. Abg. Müller-Franken (Soz.) stimmt dem Abg. Rosenfeld und Radbruch in der Auslegung des Reichstagsbeschlusses bei. Der Etat des Reichsjustizministeriums wird hierauf ange- nommen. Es folgt zuletzt die Beratung des Gesetzentwurfes, wodurch die Gehaltsabgrenze für die Angestelltenversicherung auf 28 000 Mark ausgedehnt werden soll. Abg. Geibel (Soz.) erklärt, in Angestelltenkreisen habe der Entwurf wegen der unerschwinglich hohen Beiträge geradezu Ent- setzen hervorgerufen. Eine Herabsetzung der Gehaltsabgrenze für die Versicherungspflicht mühe auch ohne Beitragsherabsetzung möglich sein. Die Preise seien auf das zehn- bis zwölfwache, die Angestelltengehälter im gemäßigten Falle auf das fünf- bis sechsfache gestiegen. Nebenher schlägt, seine Freunde könnten der Masseneinteilung des Entwurfes nicht zustimmen und mühten eine gründliche Vorberatung im sozialpolitischen Ausschuss ver- langen. Sie würden die Ausdehnung der Versicherungspflicht auf 40 000 M beantragen. Am besten sei die Ueberleitung der Angestelltenversicherung in die allgemeine Sozialversicherung. Reichsminister Dr. Brauns betont gegenüber dem Vor- redner, der vorliegende Entwurf entspreche einer nachdrücklichen Forderung der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte. Mit den Angestellten-Organisationen sei darüber schon im Januar und Februar verhandelt worden. Die Regierung betrachte die Vorlage als ein Notgesetz. Die Beratung wird hierauf abgebrochen. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr: Weiterberatung und kleinere Vorlagen. Schluß gegen 7 Uhr.

Die Einkommensteuer vom Arbeitslohn Berlin, 23. Juni. Dem Reichstag ist nunmehr der seit längerer Zeit angekündigte Entwurf eines Gesetzes über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn zugegangen. Als Arbeits- lohn gelten auch Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waispensionen und andere Bezüge für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit. Uebersteigt das steuerpflichtige Einkommen in seiner Gesamtheit nicht den Betrag von 24 000 M, so soll es künftig einer besonderen Veranlagung nicht mehr bedürfen. Die Steuer gilt vielmehr als abfällig, wenn die eingehaltenen Beträge vorchriftsmäßig verwendet und abgeführt sind. Uebersteigt das gesamte steuerbare Einkommen nicht den Betrag von 24 000 M, so ist es nicht aber außer aus Arbeitslohn aus sonstigen Einkommen über 300 M zusammen, so wird nur das sonstige Einkommen veranlagt. Die Veranlagung kann in besonderen Fällen trotzdem beantragt werden.

Die Reaktion gegen die Krankentassenangelegenheiten Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Es gibt wohl kaum noch Arbeitnehmer, die sozial Wider- stände zu überwinden haben, wie die Krankentassenangelegenheiten. Ihre Kampf um Verbesserung ihrer Lage wird besonders erspürbar durch das fast „rührende“ Interesse, das reaktionäre Kreise schon immer der Krankentassenversicherung entgegengebracht haben. Die Herrschaft der Sozialdemokratie in den Kranken- tassen hat es ihnen angetan. Unfähige Vorstandsmitglieder sollen unfähige Kassenanwälte eingestellt haben und über- mäßig hoch bezogen. Das war nicht nur zu hören in der Zeit der reaktionären Hochwelle vor dem Kriege, sondern es klingt auch jetzt immer wieder lauter durch alle Gassen. Ein paar

verärgerter Kassenanwalte, die von dem „Beamtenstimmel“ befallen sind und denen die Revolution die Räume nicht in den Himmel wachsen ließ, geben den Ton an. Sie wollen unter allen Umständen dem Einfluß der Kassenvorstände und -Ausschüsse entzogen sein. Vor dem Kriege ist ihnen das nicht ge- lungen und jetzt glauben sie, ihre Zeit sei wieder gekommen und sie könnten das Rad der Zeit wieder zurückstellen. Fast scheint es auch so! Eine Stütze finden sie bei vielen Oberver- sicherungsämtern und Regierungsstellen.

So hat z. B. der Minister Stegerwald verfügt, daß das Sperrgesetz auf die Krankentassenangelegten angewendet ist und weil hiergegen die reaktionären Herren! Was auf dem Gesetzweg nicht zu erreichen ist, das soll auf dem Verwaltungs- weg mit allerlei Kniffen erreicht werden. Jetzt glaubt man Krankentassenangelegte zu Beamten gestempelt zu haben, und zwar zu „Beamten“ im Sinne des Sperrgesetzes. Dieser Begriff „Beamte“ muß sich aber denen mit demjenigen nach der Reichsverfassung, weil das Sperrgesetz keine Verfassungs- änderung in sich schließt; denn dazu fehlen ihm die Voraus- setzungen beim Zustandekommen.

Will ein von Esch-Lothringen betriebener Kassenge- steller wie der Staatsbeamte ein Parteigeld haben, weil er durch seine Vertreibung arbeitslos geworden ist, dann eröffnet ihm das Reichsministerium des Innern, daß er nicht in die Beamtenfürsorge des Reiches einzubeziehen ist, weil er nicht „Beamter“ ist, sondern zu den Vertragsangestellten gehört. Schließen solche Vertragsangestellten, für die das Betriebs- rätegesetz und die Verordnung über die Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 gilt, einen Tarif für das ganze Reich ab, dann kommen die Oberversicherungsämter und vertragen die Geneh- migung einer solchen Befolgung auf Grund einer Gesetzesbe- stimmung, die von der Verordnung über die Tarifverträge aus der Revolutionszeit längst überholt ist. Wie kann ein solcher Rechtszustand nur noch bestehen und wie ist es möglich, daß nicht von oben herunter einem solchen unhaltbaren Zustand Einhalt geboten wird? Der frühere Reichsarbeitsminister Schide hat zwar einmal verfügt, daß bis zur endgültigen Beseitigung dieser überlebten Gesetzesbestimmung die Oberversicherungsämter nur noch formell eine Genehmigung erteilen sollten, wenn die Befolgung der Krankentassenangelegten auf Grund eines Tarifvertrages erfolgen soll. Aber heute föhrt man sich nicht mehr um diesen Erlaß. Sind das noch Zustände?

Im Dezember 1920 haben die Krankentassenangelegten ihren Tarif abgeschlossen und heute nach 6 Monaten ist er noch bei keiner Krankentasse durchgeführt. Heute beziehen die Krankentassenangelegten noch das Einkommen, das sie im De- zember 1920 schon hatten. Unterdessen mußte sogar das Reich trotz Sperrgesetz die Minderzulagen und die Teuerungszuschläge für seine Beamten erhöhen. Darum wird es die höchste Zeit, daß der § 355 der Reichsversicherungsordnung, der einem einzelnen Menschen (Versicherungsdirektor) die Möglichkeit gibt, zu sabotieren, worüber sich einzelne von Arbeitgebern und tausende von Angestellten geeinigt haben, schnellstens beseitigt und überhaupt nicht mehr angewandt wird. Geschieht das nicht bald, dann sind in der Krankentassenversicherung schwere Erschütte- rungen zu erwarten, denn die Krankentassenangelegten sind nicht gewillt, von etlichen Reaktionen sich um ihre staatsbür- gerlichen Freiheiten bringen zu lassen.

Lohnbewegung der Angestellten bei der Waggonfabrik Fuchs in Heidelberg. Die Angestellten der Waggonfabrik F. Fuchs sind in eine Lohnbewegung getreten, da die Firma ihre For- derung auf Gehaltserhöhung abgelehnt hat. Sie beschließen, an ihrer Forderung festzuhalten und jede Ueberstundenarbeit abzu- lehnen. Die Arbeitererschaft hat sich mit ihnen solidarisch erklärt.

Jugend und Sport

1. Bezirks-Schüler-Turnfest

Der 3. Bezirk des 10. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes veranstaltet am nächsten Sonntag, 26. Juni, in M i n t h e i m das 1. Bezirks-Schüler-Turnfest. Zugleich begeht der Turnerbund M i n t h e i m das Fest seines 25jährigen Bestehens. Um 1 Uhr mittags findet ein Festzug durch M i n t h e i m statt, der gewiß durch die vielen Schüler in ihrer Turnkleidung ein belebtes Bild bieten wird. Auf dem Festplatz (Turnplatz des Turnerbund) ist Vorführung von Massenfreübungen der Schüler und Schülerinnen, anschließend Riegentur- nen der einzelnen Abteilungen.

Es ist das erstemal, daß die Turnschüler des 3. Bezirks ihr eigenes Fest haben und es ist nicht daran zu zweifeln, daß es ein echtes frohes Kinderfest geben wird, wo unsere hoff- nungstrotze Zukunft zeigen wird, was sie in der Kraft- und Gesundheitsstärke des Arbeiter-Turn- und Sportbundes gelernt hat. Wer all das Gute und Schöne, das unsere Kleinen beim Turnen und Spiel genießen können und den Ernst und die Freude sehen will, mit denen sie ihre Arbeit im Gewande jugendlicher Freude vollbringen, der gehe am Sonntag nach M i n t h e i m zum Schülerturnfest.

Das Bezirksfußballspiel 3. Bezirk gegen 4. Bezirk findet umfänglich nicht in Durlach, sondern in Stein statt unter folgender Aufstellung: Tor: Weinbrecht (Stein); Verteidiger: Kunzmann (Stein), Burem (Hagfeld); Käufer: Schneider (Aue), Benetter (Aue), Steis (Brödingen); Stürmer: Leins (Hagfeld), Beder (Ettlingen), Lorenz (Arl.-Sp.-V. Karlsruhe), Hörmann (St. L. Karlsruhe), Sant (Brödingen). Die Mannschaft trifft sich um 1 Uhr in Durlach am Bahnhof. Trikot stellt Stein. Beige Hose mitbringen. Schiedsrichter ist Sportingen. Kuppender-Beierheim.

Gemeindepolitik

* 27. ordentlicher Städtetag. Am 4. Juli ds. Js. hält der Verband der mittleren Städte Wadens seinen diesjährigen Städtetag in Donaueschingen ab. Die Tagesord- nung sieht die Behandlung einer großen Anzahl schwebender kommunaler Fragen vor. In dem Jahresbericht wird u. a. zu der Frage der Bildung eines süddeutschen Wirtschaftsver- bandes bemerkt, daß die notwendige Entwicklung Deutschlands zum Einheitsstaat eine nach mehr wirtschaftlichen Gesichtspun- ten organisierte Untergruppierung nötig macht. Die endgültige Stellungnahme zur Bildung eines Wirtschaftsverbandes, der Baden, Württemberg, Hessen und die Pfalz umfassen könne, sei erst möglich, wenn das Reich den Aufbau der Wirtschaftsver- bände für das ganze deutsche Wirtschaftsgebiet genauer be- kannt gegeben habe. Ueber die Aufhebung des Grundstf. Sperrgesetzes soll ebenfalls bei diesem Städtetag gesprochen werden. In der Vorlage ist dargelegt, daß die Mängel des Sperrgesetzes den Gemeinden wohl bekannt seien. Vom Stand- punkt der allgemeinen Interessen mußte es aber beharrt werden, daß der Grundstf. Handel nunmehr ohne jede Hemmung unserer, durch die Grenzlage dem Einfluß ausländischer Ba- luten ausgesetzten freien Wirtschaft vollkommen unterworfen werde. Dem Städtetag wird empfohlen, ein Vorlaufsrecht auf die Grundstücke ihrer Bemerkungen für die Gemeinden zu ver- langen und das Enteignungsrecht so auszubilden, wie dies die Not der Zeit erfordert.

Bewerkschaftliches

Die Reaktion gegen die Krankentassenangelegenheiten

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns: Es gibt wohl kaum noch Arbeitnehmer, die sozial Wider- stände zu überwinden haben, wie die Krankentassenangelegenheiten. Ihre Kampf um Verbesserung ihrer Lage wird besonders erspürbar durch das fast „rührende“ Interesse, das reaktionäre Kreise schon immer der Krankentassenversicherung entgegengebracht haben. Die Herrschaft der Sozialdemokratie in den Kranken- tassen hat es ihnen angetan. Unfähige Vorstandsmitglieder sollen unfähige Kassenanwälte eingestellt haben und über- mäßig hoch bezogen. Das war nicht nur zu hören in der Zeit der reaktionären Hochwelle vor dem Kriege, sondern es klingt auch jetzt immer wieder lauter durch alle Gassen. Ein paar

Heidelberg, 23. Juni. Die vom Stadtrat Freiburg mitgeteilte Eingabe an die Eisenbahngeneraldirektion in Karlsruhe, die Sonntagsfahrkarten auch für Freiburg, Heidelberg und Pforzheim einzuführen, wird vom Stadtrat Heidelberg lebhaft unterstützt. — Zur Errichtung einer Jugendherberge sollen auf Vorschlag des städtischen Jugendamts der Kapitalsaal der Tiefburg in Sandshausheim und Räume im Gartenhäuschen des Sandshausheimer Parks, die während der Wintermonate zur Unterbringung von Pflanzen dienen, zur Verfügung gestellt werden.

Mannheim, 22. Juni. Die Lichtspieltheaterbesitzer Mannheims und der Vororte beantragten Herabsetzung der Luftverkehrssteuer, andernfalls sie ihrem Personal kündigen würden. Die für gestern vorgesehenen Verhandlungen vor dem Stadtrat waren nicht möglich, da einzelne Mitglieder desselben zum Städtetag in Stuttgart weilen. Auf die Mitteilung des Bürgermeisters Dr. Ritter, sich für Herabsetzung der Luftverkehrssteuer einzusetzen, beschloß die Besizer, die Frist für die Kündigung ihres Personals vom 1. Juli auf den 15. Juli zu verlängern.

Mannheim, 18. Juni. Der Stadtrat hat beschlossen von dem Geheke vom 23. Mai 1921, durch das die Gemeinden ermächtigt wurden Nachtragsumlagen für das Jahr 1920 zu beschließen, keinen Gebrauch zu machen. Für das Rechnungsjahr 1921 können die Gemeinden nach dem gleichen Geheke Steuern vom Viegenstände, und Betriebsvermögen bis zum Betrage von 2 M auf je 100 M Steuerwert erheben. In der Zukunft, daß das Verteilungsgeheke die Gemeinden entlastet, steht der Stadtrat zunächst davon ab, den erwähnten hohen Satz der Bürgerpflicht aufzugeben, Satz dessen sollten 1,50 M auf je 100 M Steuerwert gefordert werden. — Auf diese Weise werden etwa 28,80 Millionen Mark von den Pflüchtligen zu leisten sein.

Freiburg, 21. Juni. Die Stadt Freiburg und die badische Unterrichtsverwaltung waren seinerzeit an das Reichsfinanzministerium mit dem Ersuchen herangetreten, ihnen das frühere Garnisonslazarett zum Betriebe der Universitätsklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten zu überlassen. Diefem Verlangen ist dieser Tage stattgegeben worden, gegen eine jährliche Mietschuld von 16 000 M ist die Ueberlassung auf vorläufig 20 Jahre vertraglich festgelegt. Zum Umbau des Gebäudes für den erwähnten Zweck werden 2 100 000 M benötigt, die von der Unterrichtsverwaltung und der Stadt Freiburg gemeinsam aufzubringen sind.

Förderung des Wohnungsbaus in Freiburg. Auf Vorschlag des Hochbauamtes hat der Stadtrat nach Anhörung der Baukommission grundsätzlich beschlossen, für die Schaffung von 18 weiteren Wohnungen in der Artilleriekaserne 284 000 M, für die Schaffung von 12 weiteren Wohnungen (Flüchtlingswohnungen) in der Funktasterne 550 000 M, davon 185 000 M von Gemeindefonds, zu genehmigen. Außer dem Gemeindebaudarlehen für 21 Eisenbahnwohnungen des Bauvereins und der gemeinnützigen Heimstättenvereine in Höhe von 621 000 M, ferner vorbehaltlich näherer vertraglicher Regelung Gemeindebaudarlehen für weitere Bauten an der Bismarckstraße, Wohnungen für vertriebene Tisch-Lothringer von 150 000 M, (240 000 M). Endlich ein Gemeindebaudarlehen für weitere Wohnungen für vertriebene Tisch-Lothringer von 510 000 M, zusammen 1 801 000 M.

Aus der Partei

Deutsch-Neurent. (Soz. Verein.) Am Samstag 25. Juni, abends 8 Uhr, findet in der Restauration „Blume“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Tagesordnung: Aufstellung eines Kandidaten zur Bürgermeisterwahl. Wir laden hierzu sämtliche Bürger aus der Partei ein. Wir hoffen ein und hoffen der Wichtigkeit wegen auf ein vollzähliges Erscheinen.

Aus dem Lande

Forstheim, 23. Juni. Durch Verordnung des Staatsministeriums vom 3. Juni 1921 ist die Gemeinde Forstheim mit Wirkung vom 1. Juli 1921 von dem Amts- und Amtsgerichtsbezirk Ettlingen abgetrennt und dem Amts- und Amtsgerichtsbezirk von Karlsruhe zugeteilt worden.

Pforzheim, 23. Juni. Die Firma Kollmar u. Jourdan hat der Stadt 60 000 M für Kinderhilfe, Kinderheim Wimpfen, Tuberkulosebekämpfung und Freiluftbad überwiesen. Das Double-Quartett in Reutort übernahm für das Kinderheim Wimpfen den Betrag von 1200 M.

Heidelberg, 23. Juni. Eine während der Ferien veranstaltete Sammlung zugunsten wenig bemittelter Kriegsteilnehmer unter den Studenten ergab die Summe von 20 000 M.

Theater, Kunst und Wissenschaft

Badisches Landestheater

Hundert Jahre waren am 18. Juni seit der ersten Aufführung des „Freischütz“ verstrichen — ein recht triftiger Grund zu einer Theaterfeier. Die Aufführung allein entspricht der Würde eines solchen Gedenktages nicht; aufgeführt gehört der Freischütz mit und ohne gedenktäglichen Anlaß. Der Karlsruher Kulturverband hätte sich durch die Veranstaltung einer Feier nicht verheben. Er bemüht sich aber lieber um soziologische Vorträge; dies Vergnügen kann ihm zur Unterhaltung gewisser Kreise ruhig gelassen werden. Seine eigentlichen Aufgaben möge er aber dabei nicht ganz vergessen, wie es in diesem Fall geschah! —

Die ganze Bedeutung des „Freischütz“ umschreiben, hieße eine Darstellung der Kunstgeschichte geben, die im musikalischen Drama mit ihm anhebt und deren Entwicklung er schon im Keime enthält. Bei der Unmöglichkeit, dies im einzelnen hier zu schildern, sei auf die wertvolle Bereicherung der Musikliteratur hingewiesen, die Waltershausen äußerst gehaltvolles Buchlein über den „Freischütz“ darstellt; trotz der manchmal etwas merkwürdig anmutenden Meinungen und der wenig stichhaltigen Ableitung der musikalischen Romantik, ist hier auf keinem Raum eine Fülle von Einblicken gegeben, die das prächtige Werk einem in neuem Gewinn zuführen. Und um das fette Neugewinnen handelt es sich. Ein Kunstwerk, das in seinem Entstehen zurückliegt, muß sich nach zwei Seiten ausweiten können. Einmal in der Bedeutung für die Geschichte seiner Gattung und dann in jener andern „Verdeutschung“ für den Menschen, der im Gegenwartsblick sich zu ihm hinwendet. Und da können wir sagen, daß wohl kein musikalisches Drama in diesem Sinn den „Freischütz“ übertrifft. Gluck „Orpheus“, Mozarts „Zauberflöte“ und Wagners „Meisterfingerring“ reißt er sich würdig ein. Und wenn wir in dem letzten genannten Werk Wagners den bislang unerreichten Gipfel deutscher Kunst erblicken, so wollen wir dabei eingedenk bleiben, welche bedeutungsvolle Einflüsse der Freischütz zur Erleuchtung jener Höhe beitrug. Verloren ist doch auch in ihm jenes Ringen und Ringen um die Gestaltung der musikalischen Idee im Drama, das einem oberflächlichen Betrachter in der Kunstform der Oper „das leichte Gefühl von Unnatur“ aufsteigen lassen kann, wie an einer gerade in dieser Hinsicht doch sonst so wohlbedachten und orientierten Stelle kürzlich zu lesen war... Was Wagners Werk wirklich für uns bedeutet, das zeigt am besten der Schluß des Vorspiels, wo nach der Nacht der Verzweiflung erleuchtend und erhebend das reine C-Dur erklingt, sieghaft zu

Dabon wurden bis jetzt 84 Freitische an der Mensa academica pro Woche gewährt, außerdem noch Darlehen in Höhe von 2500 M und kleinere Studienbeihilfen. Eine studentische Selbstbesteuerung ergab die Summe von 9003,70 M, die für Wirtschaftshilfe und Freitische herausgegeben werden soll.

Heidelberg, 22. Juni. Am Güterbahnhof wurden 15 Ztr. Zucker, die unter falscher Deklaration aufgeföhrt und für einen hiesigen Kaufmann bestimmt waren, beschlagnahmt.

Appenweier, 22. Juni. Unverfrorenheit. In der letzten Woche wurden, wie die „Offenburger Zeitung“ zu berichten weiß, viele Krankenhäuser Badens mit der Zuführung eines kleinen Kästchens „Sardellen“ von einer Karlsruher Fischereifirma bedacht. Preis: 95 M. Es stellte sich heraus, daß es sich bei dieser Sendung nicht um Sardellen, sondern um ganz gewöhnliche Salzheringe in über Aufmachung handelte. Wer nun die Sendung zurückwies, erhielt alsbald ein Schreiben, in welchem man die Sardellen „gerne“ um 15 M anbot.

Freiburg, 23. Juni. Gestern abend fand durch einen großen Teil der Dozentenchaft der hiesigen Universität, die Vertreter des Allgemeinen Studentenausschusses, die Spitzen der Behörden, Vertreter der Geschäftswelt und der Freiburger Bürgerchaft die Gründungsversammlung einer Freiburger Studentenhilfe statt. Die Studentenhilfe hat den Zweck, der immer größer werdenden Notlage der unbemittelten Studierenden zu steuern. Der bisher bestehende „Ademische Hilfsbund“, der sich auf die Fürsorge für kriegsbeschädigte Studenten beschränkt, tritt als Nebenorganisation der Studentenhilfe bei. Die wirtschaftliche Notlage aller Studierenden soll durch Unterstützungsgelder, Ferienarbeitvermittlung, Bücherbeschaffung usw. gelindert werden.

Heitersheim, 23. Juni. Ein merkwürdiges Vorkommnis. Die eines eines Landwirts in Bremgarten flog dem 2 1/2-jährigen Kind der Bauerseits ins Gesicht und hieb mit dem Schabel ein Stück Fleisch neben dem Auge heraus. Das Kind wurde sofort ins Spital gebracht, leider kam die ärztliche Hilfe zu spät, es trat ein Wundstarrkopf ein, dem das Kind erlag.

Waldbrunn, 23. Juni. Selbstmordversuch. In einer Wutlage fand man eine Frau in ihrer Wohnung am Boden liegen. Wie sich herausstellte, hatte die Frau selbst versucht, sich mit einem Rasiermesser den Hals zu durchschneiden. Sie wurde im schwer verletzten Zustand ins Krankenhaus verbracht.

Kgl. Ungarisches Konsulat. Die Kgl. Ungarische Regierung hat Herrn Rabitsch von Velice zum K. Ungarischen Konsul in München ernannt. Zu seinem Amtsbezirk gehört auch das Sand Baden. Nachdem ihm vom Reich das Equator erteilt worden ist, wird er zur Ausübung konsularischer Funktionen in Baden zugelassen. — Unseres Wissens haben die Ungarn, nachdem ihre Karlsruher Habsburg sich wieder entfernt hat, noch keinen König. Aber die amtliche Notiz ging uns in der vorstehend wiedergegebenen Form zu und wir haben keine Veranlassung, etwas daran zu ändern. Ungarn ist eben eine „königliche“ Republik. Der königlich-republikanische Konsul tagt in München!

Sonntagsfahrkarten. Die Sonntagsfahrkarten, die bekanntlich den Städten ermöglichen sollen, die Schönheiten der engeren und weiteren Heimat kennen zu lernen, werden ab 1. Juli zur Einführung gelangen. Für sie werden 60% Prozent des Normalfahrpreises erhoben. In Süddeutschland werden die Karten nur für die Städte Ludwigshafen, Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe ausgegeben. Die Ausgabe erfolgt an allen Sonn- und gesetzlichen Feiertagen von diesen Städten aus für Hin- und Rückfahrt, nicht aber nach diesen Städten. Sie kann bereits ab Samstag nachmittags 4 Uhr erfolgen für eine Gültigkeitsdauer bis Sonntag nacht 12 Uhr für Personenzüge in der 3. und 4. Wagenklasse. Zunächst soll nur bis zu einem Umkreis von 60 Kilometer gegangen, ausnahmsweise bis 75 Kilometer ausgedehnt werden. Sollen die Karten für die Strecke nach einer bestimmten Station und die Rückreise nach erfolgter Wanderung von einem anderen Punkte aus angetreten werden, werden Gabelkarten ausgegeben. Für Karlsruhe sind 12, nicht 80 Gabelkarten, wie ursprünglich mitgeteilt wurde, vorgezeichnet.

Der 3. Bezirk des Deutschen Arbeiterfängerbundes. Gau Baden hält kommenden Sonntag im Restaurant „Grünwald“ in Karlsruhe seine Bezirkskonferenz ab. Auf der Tagesordnung stehen: Bericht über das verlossene Geschäftsjahr, Abrechnung vom Sängertag und Neuwahl der Bezirksleitung. Außerdem werden die Kritiken ausgegeben. Die Delegierten werden erucht, pünktlich um 9 Uhr zu erscheinen, damit die Arbeiten bis Mittag erledigt sind.

neuer Interjekt. Ein C-Dur ist leicht hineingeföhrt, was allerdings angeht die modernen Art des Komponierens zweifelhaft sein kann. Das Einfache aber an rechter Stelle vorzubringen, daß es sich fühlbar und sachgemäß dem Zusammenhang einreicht, ist und bleibt Sache des Genies. Möge der „Freischütz“, wie jener erhebende Klang des Vorspiels, hundert Jahre nach seinem ersten Erscheinen allen das sein, was er war und bleiben muß!

Edith Post-Sajitz nahm in der Aufführung am Dienstag als Agathe von Karlsruhe Abschied. Wer das Werden dieser achtzigjährigen Sängerin verfolgen konnte, bei der sich natürliche Bedingungen und künstlerische Qualitäten zu einer seltenen Einheit zusammenfinden, wird eine einzige aufsteigende Linie gesehen haben, die eine Künstlerin durchläuft, bei der der Beruf wirklich aus der Berufung folgte. Ihre innige Art der Gestaltung, das in taufischer Klang hübenende Organ und nicht zuletzt eine hohe künstlerische Intelligenz ließen all ihre Schöpfungen zu Kunstgaben erster Art und nachhaltiger Wirkung werden. Die hohen Anforderungen, die Kunstwert und Hörer an die jugendlich-dramatische Sängerin stellen, und denen heute nicht allgühäufig nachgegeben wird, erfüllte diese Künstlerin in einem Grade, daß — um nur von ersten Werken zu reden — ihre vier Wagnerischen Kraftfiguren: Elsa, Elisabeth, Siegfried und Götter im Bereich mit Primina und Agathe ohne Ueberreibung als ideale Verkörperungen angesehen werden können, neben jenen vielen anderen Gestalten, die vor allem auch in Erstinstanzleistungen durch sie zu blühendem Leben erweckt wurden. Dabei sind naturgemäß die hervorragenden gefanglichen Qualitäten besonders zu unterstreichen; ist doch der unübergehliche Wohlklang ihrer Stimme kaum noch in dieser Eindringlichkeit zu treffen. Es war ein bewegter Abschied; bewegt in jeder Hinsicht. Der Scheidenden und (man verzeihe das Wortspiel) der Künstlerin mit der Stätte ihres Aufstiegs deutlich anzumerken. Auch in ihren feinen gewählten Abschiedsworten kam es deutlich zum Ausdruck. Für den weiteren Weg sind ihr die besten Wünsche der Karlsruher gewiß. Eins wollen wir uns noch wünschen: sie rede uns mit „Wadenser“ an; das find wir nicht! Der Wadenser ist eine unglückliche norddeutsche „Verfälschung“ des Badeners. In die Wadenser soll sie denken, so wie diese auch an sie denken werden! —

Neuer einzelnes der Aufführung nur kurz. Neu war Rudolf Glag als Erzföhler-Kuno. Der Regisseur im Dialog des 1. Aktes und so manche konventionelle Gebärde ließen erkennen, daß der stimmbegabte Sänger noch nicht sehr

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 24. Juni.

Geschichtskalender

24. Juni. 1888 * Der Nationalökonom Gustaf h. Schmoller in Heilbronn. — 1873 Einführung der deutschen Reichsmünze. — 1920 Eröffnung des ersten Reichstages der deutschen Republik.

Karlsruher Parteinachrichten

Beizel Westfahl. Die Unterkassierer und Straßenobleute werden auf Freitag, 24. Juni 1921, abends 1/8 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung in den „Württembergischer Hof“ eingeladen.

Das schlechte Brot

Altenhalben wird wieder über die schlechte Beschaffenheit des Brotes geklagt und natürlich den Bäckereien die Schuld daran in die Schuhe geschoben. In einer Versammlung der Karlsruher Bäckerinnung am Montag wurde die schlechte Brotbeschaffenheit ebenfalls besprochen und festgestellt, daß daran nicht die Wäckeren schuld sind, sondern das schlechte Material, das ihnen zur Brotbereitung übergeben werde. Es wurde deshalb einstimmig eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt:

Die heute im Gartenfaal des Restaurants Moninger tagende Vollversammlung der Karlsruher Bäcker-Innung erhebt lebhaften und schärfsten Protest gegen das zur Zeit von den Rheinmühlenerwerken Mannheim und Mühle Brochhaus, Ettlingen, gefertigte Brotmehl, welches nach chemischer Untersuchung des Untersuchungsamts Karlsruhe mit minderwertigen Produkten, wie Hafer- oder Roggenmehl, vermischt ist und womit kein einwandfreies Brot hergestellt werden konnte. Die Versammlung fordert von dem Nahrungsmittelamt, daß es dafür Sorge trägt, daß die genannten Mühlen nicht mehr nach Karlsruhe liefern dürfen und für die Zukunft von der sich in Karlsruhe befindlichen Grobmühle Sinner der Bedarf Karlsruhes angefordert wird. Das Publikum hat heute berechtigten Anspruch auf ein einwandfreies und bekömmliches Brot und müht die Karlsruher Bäckermeister zur Selbsthilfe schreiten, wenn nicht von maßgebender Stelle sofort Abhilfe geschaffen wird.

Weiter wird in der Resolution Protest erhoben gegen das lange Lagern des Mehles in der Höfnerhalle, wodurch das Mehl schlecht werde. 150 Sad zur Vorbereitung bestimmtes Weizenmehlmehl seien bereits, da die nötigen Kontrollorganen fehlen, angeklagt wegen schlechter Beschaffenheit an einen Molkereibesitzer veräußert worden. Ein Bäckermeister in der Südstadt habe jedoch — man höre und staune — von diesem Mehl verbacken und prima Brot ohne Strohmittel hergestellt und zum Teil mit und ohne Marken verkauft.

Soweit der Inhalt der Resolution. Nach ihr zu urteilen, scheint es bei der hiesigen Mehlversorgung etwas sonderbar, ja höchst sonderbar zuzugehen. Die Wäckerinnung teilt uns zu der ganzen Angelegenheit noch mit, daß eine Kontrollkommission der Bäckermeister nun zum Mollereibezirk Zutritt habe, um eine weitere Mehlüberprüfung zu verüben. Öffentlich kommen wir bald wieder in den Genuss eines besseren Brotes, das ist der Wunsch aller. Im übrigen ist eine Aufklärung über den Mehlverkauf an den Molkereibesitzer im allgemeinen Interesse erforderlich.

Der Kälterrückfall. Der nun schon seit 10. Juni andauernde Kälterrückfall hat sich zu Beginn der Woche noch verschärft. Am 19. und 20. Juni lagen die Morgentemperaturen in Mittel- und Süddeutschland 8 bis 11 Grad unter den um diese Jahreszeit normalen Morgentemperaturen. So war der 19. Juni, wie aus Berlin gemeldet wird, der kälteste Tag im Juni seit 70 Jahren. Der Kälterrückfall wird durch den Transport kalter Luftmassen aus nördlichen Gegenden verursacht. Diese Luftmassenverdrängung ist durch eine für die Kälterrückfälle im Frühjahr charakteristische Luftdruckverteilung bedingt. Ein umfangreiches Hochdruckgebiet liegt über dem Atlantischen Ozean, westlich der britischen Inseln, während der Nordosten Europas von tiefem Druck beherrscht wird. Am 18. und 19. trat an Stelle des normalen süd-nördlichen Temperaturgefälles ein nord-südliches. Am 18. abends hatte Gapaonda in Nordschweden (nahe dem nördlichen Polarkreis) 28 Grad, während die Temperatur in Stockholm nur 7 Grad betrug.

eingehend mit der Partie vertraut ist. Bis zur nächsten Feier ist es allerdings etwas lang. Durch Max Büttner's hobelvolle Gestaltung trat diesmal der Eremit füngemäß aus dem Ganzen heraus. — Der Teufelspust gehört nun einmal zum „Freischütz“, und so muß auch der Hauptvertreter, Samiel, mit möglichst eindringlicher Dämonie ausgestattet werden. Die Rolle, die in jeder Vorstellung den Darsteller wechselt, ist nunmehr in den Händen von Michael Dieß auf einen Stand der Zähmheit und Wiederkeit gebracht worden, der unmöglich mehr unterboten werden kann. Die Worte in der Volksstimme und besonders die kurze Szene am Schluß zeigten so deutlich, wie wenig der Darsteller eine Übung von der ihm zustehenden Aufgabe hatte, daß ihm geraten werden muß, sich einmal in Ruhe und Ueberlegung den „Freischütz“ anzusehen. Derartige „Rebensächlichkeiten“ tragen ungemein zur Beeinträchtigung des Gesamteindrucks bei und können nicht deutlich genug angezeigdet werden. Die Durchdrachte und zugleich lebendige Darstellung des Max durch Helmuth Reugebauer fällt ganz in die Pubrit des Fetermähigen und trug zum Durchdringen des Hauptgehalts, zur „Verföhnung“ nämlich, Entschieden des bei.

Wie die Intendanz mitteilt, ist zur Uraufführung für die nächste Spielzeit das dreiaktige Kammerpiel „Spiel der Schatten“ von Hellmuth Unger, einem in Leipzig lebenden Dichter, angenommen worden.

Badischer Kunstverein. In der Zeit vom 18. Juni bis 8. Juli sind im Kunstverein Werke folgender Maler ausgestellt: C. Dackhard, Karlsruhe, Bühnenbilder und Bühnenmodelle; M. Ebers, Karlsruhe, Zeichnungen; G. Eckardt, Wien, Rabierungen; E. Esser, München, größere Sammlung von Delgemälden; J. Eschbach, Konstanz, Delgemälde; Th. Esser, Karlsruhe, Delgemälde; Prof. Fr. Febr, und L. Goffsch, Karlsruhe, Delgemälde; Ed. Kämmer, Karlsruhe, Aquarelle; G. Kuchigall, Stuttgart, Grafik; J. Paulmeier, Heilbronn, Holzschnitte; Prof. C. Ritter, Karlsruhe, Delgemälde; F. Köpfer, Karlsruhe, Aquarelle; F. A. Schwemmer, München, Aquarelle und Grafik; F. Stäger, München, Rabierungen; G. Töpfer-Schtein, Frankfurt am Main, Delgemälde. — Vom 9. Juli bis 9. September sind die Ausstellungsräume geschlossen.

Intendantenwechsel in Freiburg. Wie verlautet, soll der Intendantenposten am Freiburger Stadttheater vom bisherigen Direktor am Schillertheater in Altona, Herrn Richter, befehigt werden. Herr Richter ist gebürtiger Grazer.

Johannistag. Ein weicherer Sommer breitet sich über den Johannistag und die Johannistnacht. Vollgläubige und Volksgebräuche umranken den Tag, den schon unsere Väter feierten. Nach ihrem Glauben erreichte der Sonnengott mit seinen Sonnenpferden an diesem Tage den höchsten Punkt des Himmels. Dort ruht er einige Tage, um seinen Segen über die Büren der Erde zu ergießen. Dann aber muß er umkehren und die Sonnenbahn wieder abwärts fahren. Ihn zu Ehren veranstalteten unsere Väter das Sommerjohannwend, oder Mittsommerfest. Lodernde Feuerbrände leuchteten von den Bergen und kündeten das frohe Fest. Diese Feuerbrände erblickten auch heute noch die Johannistnacht, brennende Räder rollen von den Bergen zu Tal und die Jugend huldigt beim Tanze dem alten deutschen Sonnengotte. Auch das Buchdruckerböllchen begeht den Johannistag in vielen Städten sogar in feierlicher Weise, zu Ehren des Altmeysters Johannes Gutenberg, des Erfinders der Buchdruckerkunst.

Besuch Heilbronner Arbeiterlänger. Als Gegenbesuch für die letztjährige Sängereinfahrt erwartete der Sängerbund „Vorwärts“ Karlsruhe am 23. und 24. Juli seinen befreundeten Gesangsverein „Soffnung“ Heilbronn. Da ein Konzert nicht geplant ist, ist der Karlsruher Aufenthalt lediglich ein gemütliches Beisammensein und bespricht das Programm für beide Vereine eine gediegene Unterhaltung. Die „Vorwärtsler“ werden es sich zur Aufgabe machen, an dieser Veranstaltung einmal vollständig zu erscheinen. Wir entbieten den Sängern vom Neckarstrand schon heute beste Grüße!

Unfall mit Todesfolge. Ein Anstreicher aus Ejsental war heute vormittag auf der Brücke der Albtalbahn beim Hauptbahnhof beschäftigt, wobei er mit dem Kopfe an die elektrische Leitung kam, einen elektrischen Schlag bekam und 12 Meter tief abstürzte. Durch den Sturz erlitt er einen Schädelbruch, wurde schwer verletzt nach dem St. Vincentiuskrankenhaus gebracht, wo er bald nach der Entlieferung starb.

Todesfall. Ein sehr geschätzter Mitbürger unserer Stadt, Herr Adolf Stein, der bekanntlich bis vor einigen Jahren ein Herrmannsgeschäft und früher daneben noch ein Konfektionsgeschäft betrieb, ist im Alter von 63 Jahren gestorben. Auch im Kaufmännischen Verein spielte der Verstorbene eine große Rolle, er war lange Zeit Vorsitzender desselben.

Selbstmord. Am 22. Juni 1921 nachmittags gegen halb 4 Uhr entleerte sich ein Bahnarbeiter durch einen Revolveranschlag, den er sich in die linke Kopfseite beibrachte. Der Tod trat sofort ein. Schwermut dürfte der Beweggrund zur Tat sein.

Wettwechsell. Das weit und breit bekannte Weinrestaurant zum „Weinert Hof“ hier, ging durch Kauf um 240.000 Mark in den Besitz des Herrn Emil Späth, Sohn des verstorbenen bekannten Gastwirts Albert Späth sen. aus Heidelberg über. Wegen vollständiger Neuveranordnung wird das Lokal vom 1. Juli ds. J. auf wenige Tage geschlossen werden. (Siehe auch Inserate.)

Sportfest an der Technischen Hochschule. Sehr beendigt wurde das Sportfest der Technischen Hochschule am Mittwoch durch das regnerische Wetter. Der Sportplatz wies reichen Regen auf. Unter den zahlreichen Besuchern befanden sich auch staatliche und städtische Vertreter. Das Wettkampfsprogramm enthielt sportliche und turnerische Wertungs-

kämpfe, so u. a.: 100-, 200-, 400-, 800- und 1600-Meter-Läufe, Weit- und Hochsprung, Fünfkampf, Diskuswerfen, Übungen am Reck, Barren und Pferd. Es ist außerordentlich erfreulich, daß an der Hochschule alle Arten der Leibesübungen zur Geltung kommen. Die Leistungen, die natürlich durch den Regen und den von ihm aufgeweichten Boden sehr beeinträchtigt wurden, waren recht gute. So wurde z. B. der 100-Meter-Lauf in 12 Sekunden ausgeführt, die 400-Meter-Staffel (4x100) in 60,8 Sekunden. Im Schlagballspiel blieb Schwarzburger Verbindung Eberstein-Hohenstaufen mit 39:34 Sieger.

Verlegung der Johannistfeier im Stadtgarten. Die Johannistfeier, die für heute Freitag, den 24. d. M., geplant war, wird auf Dienstag, den 28. d. M., abends 8 Uhr, verlegt, da nach den Meinungen der Wetterkundigen bis dahin mit günstigerem Wetter zu rechnen sei. Das übliche Freitagskonzert fällt heute der frühen Witterung wegen gleichfalls aus.

Landestheater. „Hildebrand“ von Heinrich Heine wird als letzte Erstaufführung des Spieljahres über die Karlsruher Bühne gehen.

Konservatorium für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe: am Freitag den 24. Juni: Prüfungskonzert der Ausbildungs-Klassen 5 Uhr im Saal der Anstalt.

Valuta-Bericht vom 23. Juni

Markkurs in der Schweiz jetzt 8,85 Gts. Auszahlung Holland notierte 23,70 M per holl. Gulden, Schweiz notierte 12,01 M per schwe. Fr. England notierte 263 3/4 M per Pfund Sterling. Frankreich notierte 5,72 M per frz. Fr. Neuhort notierte 7 1/2 M per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 24. Juni 1921

Das von Westeuropa vordringende Hochdruckgebiet hat in unserm Gebiet über Nacht vorübergehend Aufbesserung gebracht. Doch ist unter dem Einfluß eines von der Ostsee bis Süddeutschland sich entwickelnden Tiefes heute wieder Trübung eingetreten.

Vorausichtige Witterung bis Samstag nacht: Wolfig, doch kein Regen, Temperatur unverändert.

Letzte Nachrichten
Die englische Arbeiterpartei gegen die Kommunisten

London, 22. Juni. In einer heute abgehaltenen Versammlung der Arbeiterpartei wurde der Vorschlag, den Anschluß der kommunistischen Partei an die Arbeiterpartei zu gestatten, abgelehnt.

Schriftleitung: Georg Schöpflin. Verantwortlich: für Artikel, Politische Uebersicht und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus dem Lande, Gemeindepolitik, Aus der Partei, Gerichtszeitung und Heilbronn Hermann Winter; für Aus der Stadt, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Hefele; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeiger

- Übergangsangelegenheiten** finden unter dieser Rubrik keine Aufnahme.
- Karlsruhe.** (Deutscher Metallarbeiter-Verband.) Medner und Inskaltatore! Am Samstag den 25. d. M., abends 7 1/2 Uhr. sehr wichtige Zusammenkunft im Lokal zur „Cambrinus-halle“. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Ehrenpflicht. Die Branchenleitung.
- Durlach.** (Allgemeine Kranken- und Sterbekasse für Metallarbeiter, Sitz Hamburg, Filiale Durlach) Samstag, 25. Juni, abends punkt 7 1/2 Uhr **Generalversammlung.** Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Ortsverwaltung. Zahlreiches Erscheinen erwartet. 4867 Die Ortsverwaltung.
- Durlach.** (Sozialdem. Partei, Rathausfraktion.) Samstag abend Punkt 8 Uhr **Fractionsitzung** im kleinen Nebenzimmer der Festhalle. Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich.
- Durlach.** (Sängerbund Vorwärts.) Sonntag nachmittag Punkt 2 Uhr **Abfahrt** vom Bahnhof Durlach nach Döhlungen zum Stiftingsfest. Montag Punkt 8 Uhr **Zusammenkunft** im „Lamm“ zwecks Ehrung unseres aus America zurückgekehrten Gesangsgenossen Hülh. Vollzähliges Erscheinen Ehrenpflicht. Der Vorstand. 4869
- Bruchsal.** (Sozialdem. Partei.) Samstag abend 8 Uhr **Mitgliederversammlung** in der „Palz“. 4868

Unsere Filialinhaber,

welche den „Volksfreund“ durch die Post überwiesen erhalten, wollen die für Juli benötigte Besteherszahl spätestens bis zum Samstag, den 25. ds. Mts., uns mitteilen, sonst kann die Zustellung bis zum 1. Juli nicht rechtzeitig erfolgen. Verlag des „Volksfreund“.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Eheausgebote. Karl Hed von Strazburg, Stadtoberbau-sekretär hier, mit Luise Börner von Nürnberg. Karl Lehmann von Basel, Konditor hier, mit Martha Groß von hier. August Schult von Grabow, Oberregierungssekretär hier, mit Marie Danisch geb. Sternberg, von Grabow. Gustav Holzer von Heidesheim, Streifenmeister hier, mit Anna Klöber von Heidesheim. Karl Bierig von Eppstein, Bürohilfe in Bruchsal, mit Luise Stolz von Teufschneut. August Keller von Bruchsal, Tele-grammbeisteller hier, mit Frieda Plüsch von Bretten. Rudolf Geh von Kappelminde, Reichslehrer in Freiburg, mit Anna Wäber von Oberkirch. Rolf Mohrhard von Berlin, Magistrats-Bürodirektor in Berlin, mit Margarethe Gluck von Dresden. Gg. Reinko von Preußisch-Stargard, Juwelier in Eberfeld, mit Pauline Ergleben von Pforzheim.

Sommersprossen

Leberflecke, Mitesser, Pickel, unreiner Teint, Rote des Gesichts und der Hände verschwinden, die Haut wird zart, weich und geschmeidig durch erprobte, garantiert unerschöpfliche Hautbleichcreme **Klorokrem M. 2.50 Kloroseife** M. 6.— Überall erhältlich. Fabrikant: Laboratorium Leo, Dresden-N. 8

Großes Kinderbett
billig zu verkaufen
Schützenstr. 10, 3. Et. III.

Eiserne Kinderbettstelle
mit Matratze billig abzugeben.
Luisenstraße 21, III.

Pranckuch & Co.
Hühner- und Kückenfutter

Hirse
geschält
Ffund Kart **2.80**

Hirse
ungeschält
Ffund Kart **1.80**

Mischfutter
Ffund Kart **1.80**

Bruchreis
Ffund Kart **2.25**

Welschkorn
ganz
bei 6 Wfd. **1.55**
bei 10 Wfd. **1.50**
bei 100 Wfd. **1.40**

Welschkorn
geschrotet
bei 5 Wfd. **1.75**
bei 10 Wfd. **1.70**
bei 100 Wfd. **1.60**

Gestern verschied unser früheres Kammermitglied
Herr Adolf Stein
Der Verstorbene gehörte der Kammer vom Jahre 1908 bis zum Jahre 1920 an. Er hat während der Zeit seiner Mitgliedschaft die wirtschaftlichen Interessen des Bezirks stets in eifriger und opferbereiter Weise vertreten.
Das tatkräftige Wirken des Verstorbenen sichert ihm ein stetes Andenken.
Karlsruhe, den 23. Juni 1921.
Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden.
Der Vorsitzende: gez. Gsell. Der Syndikus: gez. Dr. Krienen.

Milch-Ordnung
der
Stadt Durlach.
Aufgrund des § 3 der Reichsmilchverordnung vom 30. April 1921 und des § 5 der badischen Vollzugsordnung hierzu vom 20. Mai 1921 wird unter Aufhebung der bisherigen Anordnungen für die hiesige Stadt mit sofortiger Wirkung folgende **Milch-Ordnung** erlassen:
§ 1. Milchsammelstelle für die Stadt Durlach ist die städtische Milchzentrale.
§ 2. Die Einfuhr von Voll- und Magermilch in die Stadt, oder der Bezug von Milch von außerhalb der Stadt ist bei der Geschäftsführung des Kommunalverbandes anzumelden und die eingeführte Milch nach deren näherer Weisung an die Milchsammelstelle gegen entsprechende Entschädigung abzuliefern.
Desgleichen muß die hier erzeugte, für den Eigenverbrauch der Haushalter nicht bestimmte Milch an die Sammelstelle abgeliefert werden.
§ 3. Die Verteilung der Milch von der Sammelstelle an die hiesige Bevölkerung geschieht

Gebrüder Scharff
Wir empfehlen:
Essig
Ltr. 1. und 1.20
Weinessig
gar. rein, Ltr. 3.50
Salicyl-
Pergament-Papier
Rolle mit 1 Bog. 1.20
sowie sämtliche übrigen Einmachartikl.
Ferner frisch eingetroffen
Landeler
Stück 1.55.

Schräntchen
zu verkaufen. Jähriger, fleischig 21 L. Anz. vom.

2 Enten
einjährig, zu verkaufen. Im Grün 19, Gartenstadt

nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der vom Gemeinderat zu erlassenden Vollzugsbestimmungen.
Keine Haushaltung darf ohne Genehmigung des Kommunalverbandes auf anderem Wege als von dem dafür bestimmten Milchverkäufer Milch beziehen.
§ 4. Mit der Milchverteilung von der Sammelstelle aus, sind die Milchverkäufer beauftragt. Als Milchverkäufer sind auf Antrag alle bereitwillig mit der Milchverteilung beauftragten Milchhändler zuzulassen, soweit sie sich nicht als unzuverlässig bewiesen haben. Ueber die Zulassung entscheidet die Geschäftsführung des Kommunalverbandes vorbehaltlich der Befehle von den Gemeinderat. Die Zulassung ist jederzeit widerruflich. Die Aufsicht und Kontrolle über die Milchverkäufer übt die städtische Milchzentrale aus, deren Weisungen zu befolgen sind.
§ 5. Vorab werden mit Vollmilch versorgt:
a) Kinder im 1. und 2. Lebensjahr, soweit sie nicht gestillt werden mit täglich 1 Lt.
b) stillende Frauen für jeden Säugling mit täglich 1 Lt.
c) Kinder im 3. und 4. Lebensjahr mit täglich 1/2 Lt.

- d) schwangere Frauen in den letzten 3 Monaten vor der Entbindung mit täglich 3/4 Lt.
- e) Kinder im 5. und 6. Lebensjahr mit täglich 1/2 Lt.
- f) Kinder vom 7. bis 10. Lebensjahr mit täglich 1/2 Lt.
- g) Kinder vom 11. bis 14. Lebensjahr mit täglich 1/2 Lt.
- h) Personen über 70 Jahre mit täglich 1/2 Lt.
- i) Kranke auf Grund ärztlichen Zeugnisses mit täglich bis 1 Lt.

Die nach voller Berücksichtigung der unter a) bis i) aufgeführten Gruppen noch verbleibende Milchmenge wird gleichmäßig auf die erwachsene Bevölkerung mit 1/4 Lt. pro Kopf verteilt.
§ 6. Jeder Milchverkäufer erhält einen bestimmten Stadtbezirk zugewiesen, innerhalb dessen er die Milch zur Ausgabe zu bringen hat. Die Verforgung geschieht an Hand von Kundenlisten, die dem Milchverkäufer durch die Kartenstelle zugestellt werden. Jeder Milchverkäufer erhält von der Sammelstelle täglich zunächst die Menge Vollmilch, die er zur Verforgung der in § 5 aufgeführten Vollmilchverforgungsberechtigten benötigt. Soweit die verfügbare Milch ausreicht, erhalten die Milchverkäufer für die übrige Bevölkerung in fortlaufender Reihenfolge Milch zugewiesen. Ein Milchverkäufer, der an einem Tag nicht mit Milch für die nichtvollmilchverforgungsberechtigten Personen beliefert werden kann, erhält von der Milchzentrale eine auf diesen Tag lautende Befreiung, die er auf Verlangen vorzuzeigen hat. Jeder Milchhändler hat sich in der Befreiung seiner Kundschaft mit Milch streng an die Anordnungen der Milchzentrale zu halten.

§ 7. Die Milchverkäufer haben die Milch der Bevölkerung zuzuführen und auf der Straße vor den Häusern abzugeben, soweit nicht eine andere Art der Ausgabe ausdrücklich zugelassen wird.
§ 8. Jede bezugsberechtigte Haushaltung kann die ihr zustehende Milch nur von einem Milchverkäufer erhalten, in dessen Bezirk sie wohnt. Umschreibungen zu einem anderen Milchverkäufer sind nur im Falle eines Wohnungswechsels zulässig.

§ 9. Wer hier zuzieht und Milch beziehen will, hat sich bei der von der Stadt bestellten Kartenstelle (Schloß-Kaserne) anzumelden. Ebenso ist bei einem Bezug von hier bei der gleichen Stelle eine Abmeldung zu bewirken. Wenn für einzelne Angehörige eines Haushaltes die Bezugsberechtigung für Vollmilch sich mit der Erreichung eines bestimmten Lebensalters oder sonstigen Gründen vermindert oder wegfällt, ist dies gleichfalls bei der Kartenstelle anzuzeigen.

§ 10. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden gemäß § 10 der Reichsmilchverordnung vom 30. April 1921 mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10.000 M oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Eingekerkelung der Erzeugnisse erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören, oder nicht.

Durlach, den 15. Juni 1921.
Der Gemeinderat.

Gut erhaltener Gasherd
2flammig, weiß emailliert mit weissem Tisch, billig zu verkaufen. 4860
Vertragsstr. 22, 2. Et. links.

Neue Kühen Bläut, streben, 2 Hocker, hell eichen lackiert 985 Mt., große Ständerkühe, billige lackierte Schlafzimmern zu verkaufen. 4698
L. Graf, Röhrrer, Straße 24a, 4. Etod.

Pranckuch & Co.
Salatöl
reinigend
hell
1/2 Liter **7.—**
keine Qualität
1/2 Liter **8.—**
ferner in weissen
1/2 1/4 1/2 1/4 Lt.-
Flaschen aus
feinstes
extra filtriertes
Speiseföl
ferner
eingetroffen:
2 Waggon

Schweine-
schmalz
garantiert reines
Ffund
10.50
1 Waggon

Speisefett
Ffd.
6.60
Pranckuch & Co.

Samstag, d. 25. u. Montag, d. 27. d. Mts.

Reste-Tage

Es sind grosse Bestände Reste vorhanden in Damen-Kleiderstoffen, Herren-Anzugstoffen, Wasch-Kleiderstoffen, Bettbezug- u. Wäschestoffen, Matratzen-Drellen, Gardinen etc. die zu ausserordentlich billigen Preisen zum Verkauf kommen.

W. Boländer, Kaiserstr. 121.

STADTGARTEN

Die Johannisfeier
mit Kunstfeuerwerk u. Johannis-Feuer
auf dem See wird wegen des ungünstigen Wetters auf Dienstag, den 28. Juni, abends 8 Uhr endgültig verschoben.

Arbeiter- u. Sport-Turn-Bund
10. Kreis, 3. Bezirk.
Sonntag, den 26. Juni, findet unser 1. Bezirks-Schülerturnfest in Hiltheim auf dem Sportplatz im Hardtwald verbunden mit 25jährigem Stiftungsfest des Turnerbundes Hiltheim statt.

Arbeiter-Radfahrer-Bund "Solidarität"
Kriegsgruppe Ruppurr.
Am Sonntag, den 26. ds. Mts., findet im Bahnhof-Hotel in Ruppurr unser 15jähriges Stiftungsfest verbunden mit Gartenfest statt.

Gem. Chor Bruderbund
Garten-Fest
im "Röhlen Krug", verbunden mit Pokal- und Instrumental-Konzert, Preisfesten mit wertvollen Preisen, Gluckschafen usw. und abends Tanz im grossen Saal.

Pfannkuch & Co.
Ein Wagen Trauben-zucker
bei 10 Pfund 4.40
bei 4 Pfund 4.30

Deutscher Holzarbeiterverband
Zahlstelle Karlsruhe.
Am Dienstag, den 28. Juni, abends halb 5 Uhr, also gleich nach Geschäftsschluss, findet im "Colosseum", Saal III, Waldstrasse 14/16, eine Mitglieder-Versammlung statt.

Landestheater. Spielplan v. 25. Juni bis 4. Juli
Walpurgisnacht (12.-). So. 26. III. Tag: "Götterdämmerung" (20.-). — Dien. 28. "Hänsel und Gretel", "Klein Idas Blumen" (17.-). Mi. 29. Volksbühne O 6 "Der Wildschütz" (17.-). Do. 30. zum erstmalig: "Hildebrand". Ein Drama in 3 Akten von Heinrich Lillienfein (12.-). — Fr. 1. Juli neu einstudiert: "Die weiße Dame" (17.-). — Sa. 2. Russischer Komödienabend: "Die Spieler", "Die Kullissen der Seele", "Der Heiratsantrag" (12.-). — So. 3. Letztes Auftreten von Hellmuth Neugebauer, "Der Troubadour" (20.-). — Mo. 4. Volksbühne O 7 "Der Wildschütz" (17.-).

Billige Hofen
feldgr. u. andere Arbeits-Hofen, Sommer-Roppen, Säbbladen, Drillischäden sind preiswert abgegeben.
Meier, Wendelsplatz Laden. 4864

Radler im Rhein-Lothar-Wäpfler!



Sie ist nun möglich mit allernachhaltigsten Radspinnmaschinen: **FLAMMER** Trieb u. Triebspinnwerk.
HERSTELLER KRAEMER & FLAMMER, HEILBRONN

WELT-KINO Kaiserstr. 133.
Das Doppelschlag-Programm:
1) Vorsicht! Hochspannung! Lebensgefahr!
2) Das brennende Trapez
Die Arena des Todes.

Rastatter Anzeigen.
An die Bürgerschaft Rastatt!
Oberjochlesien in Not! Dieser Ruf geht seit Wochen durch alle deutschen Lande. Bei der Abstimmung haben die Oberjochlesier dem deutschen Volke die Treue gehalten. Namenloses Leid und Unglück hat dieser Akt der Treue unter der polnischen Vandalenherrenschaft über Oberjochlesien gebracht. Schlimmer als die Kriegsjahre wütet polnischer Haß und Böbel in der unglücklichen Provinz. Materielle Hilfe für die bedrängten Brüder in der Ostmark tut dringend not. Nun ist es Pflicht des deutschen Volkes, den Oberjochlesiern Treue mit Treue zu vergelten.

Zeitungsträgerin
für die Weststadt.
Geschäftsstelle des "Volksfreund" Luisenstr. 24.

Geschäfts-Empfehlung
Meinen sehr verehrten Freunden. Bekannten und Gönnern gestatte ich mir, die hies. Mitteilung zu machen, daß ich das Haus samt Weinrestaurant hier käuflich erworben habe. Das Restaurant wird von mir selbst betrieben und es wird stets mein größtes Bestreben sein, durch Haltung von nur **fl. Weinen** und einer **prima Küche** meine Gäste zur vollsten Zufriedenheit zu bedienen.

Wiener Hof
Neu-Eröffnung
in den ersten Tagen des Juli ds. Js. Näheres siehe kommende Inserate.
Hochachtungsvoll
Emil Späth früher Heidelberg

Saccoanzüge
Niederzieher, Hosens, Joppen u. Westen, auch für Jungen, verschied. Stoffe, Schüge, sowie Reifstiefel, Samojeden und versch. Wäscheartikel, billig abgegeben. Eisenweinstr. 3211, 5. U. Str. 1482

Städt. Freibank.
Sparbank
Samstag 9-11 Uhr
Dienstag 2-3 Uhr
Mittwoch 9-11 Uhr

Asthma
Kücheneinrichtung
Schlafzimmer
Speisezimmer
Küchen-Einrichtung
H. Guggenheim

Sportwagen
mit Gummibereifung, gut erhalten, zu verkaufen.
Puffelstr. 11, 3. Stof.

Lebensmittel-Verteilung
für die Zeit vom 24. bis 30. Juni 1921
1. Frische Butter: Bei Fräulein Walter im freien Verkehr, das Pfund zu 28 M.
2. Kaffee: wie vorher, jezt das Pfund zu 8 M. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
3. Stroh, ges. Milch: Dose zu 8 M.
4. Obstwein: Die Obstweinausgabe wird fortgesetzt und zwar wird Obstwein auch nach auswärts abgegeben. Die Ausgabe erfolgt jeweils Mittwochs in der Brauerei Franz nach vorausgegangener Bezahlung auf Zimmer Nr. 18 des Rathhauses.
5. Kartenausgabe: Die Ausgabe der Brot-, Fett- und Zuckermarken findet statt am Montag, den 27. Juni von 9 bis 12 Uhr, für die Nummern 1-1000, nachm. von 2-6 Uhr für die Nummern 1001-2000; am Dienstag den 28. Juni 1921, vorm. 9-12 Uhr für die Nummern 2001-3000, nachm. 2-6 Uhr für die Nummern 3001 bis Schluß.
Jedermann hat die Karten, die ihm ausgeteilt werden, sofort nachzugeben. Spätere Beschwerden, daß jemand seine Karten nicht richtig erhalten habe, werden grundsätzlich abgelehnt.
6. Krankenbrot: Das Baden von Krankenbrot für die Monate Juli und August wurde den Wädereien Friedrich Graf, Kriegstr. 1, Jakob Ebert, Augustplatz und Martin Schweidart, Engelstr. 10, zugeteilt.
Rastatt, den 24. Juni 1921.
Kommunalverband Rastatt-Stadt.

Margarine Ebuka
per Pfund 12.-
erf. gute Butter
erhältlich in Bucherer's

Bibliothek
für neun Mark
Dr. med. Eisenbach
München A 93
Neuhäuserstr. 16.

Pfannkuch & Co.
Wir empfehlen:
Zapp's, Heinen's u. Breisgauer Most-Ansatz
in Portionen zu 50, 100 u. 150 Liter mit und ohne Süßholz. 4839
Hierzu Crauben-Zucker
Pfund 4.40
bei 10 Pfund 4.30

Pfannkuch & Co.
Wir empfehlen:
Zapp's, Heinen's u. Breisgauer Most-Ansatz
in Portionen zu 50, 100 u. 150 Liter mit und ohne Süßholz. 4839
Hierzu Crauben-Zucker
Pfund 4.40
bei 10 Pfund 4.30